

Klimapolitik zwischen Kyoto und Cancún

Markus Lederer

In diesem einleitenden Beitrag des Themenschwerpunktes wird der Hintergrund der internationalen Klimaverhandlungen erläutert und die Ergebnisse des Kopenhagen-Akkords vorgestellt. Angesichts des Scheiterns der Kopenhagener Konferenz muss die zeitnahe Schließung eines rechtlich bindenden, globalen Klimaabkommens als unwahrscheinlich gelten. Die Klimapolitik wird zukünftig verstärkt auf nationalstaatlicher und transnationaler Ebene erfolgen.

Die Erwartungen an die Klimaverhandlungen in Kopenhagen vom 7. bis 19. Dezember 2009, wo ein Nachfolgevertrag für das Kyoto-Protokoll ausgehandelt werden sollte, waren hoch – wie sich im Nachhinein zeigt, viel zu hoch. Selbst pessimistisch gestimmte Beobachter der Verhandlungen sind schwer geschockt, wie wenig trotz der jahrelangen Vorarbeiten und der Präsenz von 120 Staats- und Regierungschefs erreicht wurde. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die 15. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) als „Zäsur“, „Floppenhagen“, „Brokenhagen“ „fauler Kompromiss“, „Versagen“ oder „Trauma“ titulierte.¹

Das Scheitern der internationalen Politik in Kopenhagen erstaunte, da sich in den vergangenen Jahren ein starker Konsens über die Ursachen und Folgen des Klimawandels in Wissenschaft und Politik herauskristallisiert hatte. Vor allem nach der öffentlichen Debatte um den Dokumentarfilm „Eine unbequeme Wahrheit“ von Al Gore sowie der Diskussion um den vierten Sachstandsbericht des *Intergovernmentalen Panels zu Klimafragen* (IPCC) gab es kaum noch ernsthafte Kritiker, die bezweifelten, dass die erhöhte Konzentration von Treibhausgasen durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe verursacht wurde und die Erhöhung von CO₂ und anderen Gasen die Erdtemperatur ansteigen lässt.²

Dass die Folgen des anthropogen verursachten Klimawandels Auswirkungen auf Ökosysteme und menschliche Gesellschaften haben werden, ist ebenfalls unbestritten. Die Diskussionen drehen sich eher um das *Wann* und das *Wie* als um das *Ob*. In den Monaten

1 Für erste Bestandsaufnahmen der Ergebnisse von Kopenhagen siehe Dubash 2009; Maier 2010; Rajamani 2010.

2 Vgl. IPCC 2007.

vor Kopenhagen warnten Wissenschaftler daher eindringlich, dass die neuesten Erkenntnisse die bisherigen Szenarien – zum Beispiel bezüglich des Anstiegs des Meeresspiegels – als zu konservativ erweisen und die Empirie die Modelle „rechts überhole“.³ Wenn es also jemals eines Beweises bedurfte, dass internationale Politik sich *nicht* nach funktionalen Notwendigkeiten richtete, dann hat die Klimapolitik des Jahres 2009 diesen geliefert.

Wie kann das Scheitern erklärt werden und welche Folgen ergeben sich aus der Analyse? Die folgende Einleitung wird hierzu einen Beitrag leisten, indem in einem ersten Schritt der Hintergrund der Verhandlungen dargestellt wird. Anschließend werden die Verhandlungsergebnisse kurz referiert und die Frage aufgeworfen, warum die Verhandlungen ein so bescheidenes Ergebnis hervorbrachten, bevor ein Ausblick auf die Zukunft der Klimapolitik gegeben wird.

Zwei Jahrzehnte internationale Klimapolitik

Auf dem sogenannten Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro einigte sich die internationale Staatengemeinschaft auf eine Klimarahmenkonvention zur Stabilisierung des Weltklimas. In dieser wurden die bis heute gültigen Prinzipien der internationalen Klimapolitik festgelegt wie z. B., dass die Industrieländer eine historische Verantwortung tragen und es zwar eine gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung der Staaten für das Weltklima gibt.

Das Kyoto-Protokoll wurde 1997 unterzeichnet, trat aber erst 2005, nachdem es auch Russland ratifiziert hatte, in Kraft. Die große umweltpolitische Bedeutung von Kyoto ist, dass hier erstmals rechtlich verbindliche Reduktionsziele für die wichtigsten Treibhausgasemissionen von den Industrieländern genannt wurden, welche kumulativ den Ausstoß der sechs wichtigsten Treibhausgase im Vergleich zu 1990 um 5,2 Prozent reduzieren sollen.⁴

Die Bestimmungen des Protokolls, vor allem die Reduktionsverpflichtungen, gelten bis zum Jahr 2012 und es müsste daher bis zu diesem Zeitpunkt ein Nachfolgeprotokoll verhandelt, unterschrieben und ratifizieren werden. Auf der Vertragsstaatenkonferenz in Indonesien im Jahr 2007 einigte man sich im Bali-Aktionsplan darauf, die erste Hürde zu einem umfassenden Klimaschutzabkommen bis Ende 2009 genommen zu haben. Die Verhandlungen wurden seitdem auf

3 Kriegler u. a. 2010.

4 Eine gute Einführung in die Entwicklung und Bedeutung des Kyoto-Protokolls bieten Oberthür / Ott 2000.

zwei Schienen fortgeführt: In der einen wird über die Fortführung des Kyoto-Protokolls verhandelt. Dieser Verhandlungsstrang ist für die Entwicklungsländer von großer Bedeutung, da es um eine neue Runde von Reduktionsverpflichtungen primär für die Industriestaaten geht. In einem zweiten Verhandlungsstrang diskutieren alle Mitglieder der Klimarahmenkonvention – also auch die USA – über ein neues Klimaabkommen und Letztere kündigten schon sehr früh an, dass sie zu substantziellen Reduktionsverpflichtungen nur dann bereit seien, wenn auch die großen Schwellenländer sich zu nachvollziehbaren Emissionsminderungen verpflichten. In Kopenhagen sollte alles zu einem rechtsverbindlichen Paket zusammengeschnürt werden.

Die Monate vor der Klimakonferenz von Kopenhagen waren von unzähligen Vorbereitungstreffen sowohl auf Arbeits- als auch auf politischer Ebene gekennzeichnet. Es deutete sich jedoch in der zweiten Jahreshälfte bereits an, dass es zu keinem rechtlich verbindlichen Abkommen kommen könnte. Von verschiedenen Seiten, insbesondere der EU, wurde die Hoffnung jedoch nicht aufgegeben, dass die ehrgeizigen Ziele zur massiven Reduktion von Treibhausgasen in Industrieländern, erste verifizierbare Schritte aufseiten der Schwellenländer, ein Mechanismus zum Technologietransfer sowie eine Einigung über den Schutz der tropischen Regenwälder erreicht werden könnten.

Einigung in letzter Minute

Die Konferenz von Kopenhagen hat mehrere Ergebnisse: Zum einen wurden in den beiden genannten Verhandlungssträngen in mehreren Arbeitsgruppen verschiedenste Einzelfragen angegangen. Dabei fand eine Annäherung in wichtigen Detailfragen auf primär technischer Ebene statt, auch wenn die verhandelten Texte noch gespickt sind mit eingeklammerten Textbausteinen, die anzeigen, dass es noch keinen Kompromiss gibt. Politisch brisante Entscheidungen zur Höhe der Reduktionsemissionen, Finanztransfers oder die Einbeziehung der Schwellenländer wurden in diesen Arbeitsgruppen nicht getroffen. Hier wurde vergeblich auf eine Einigung der Staats- und Regierungschefs in der zweiten Sitzungswoche gehofft.

Zum anderen wurde der völkerrechtlich nicht bindende Kopenhagen-Akkord verabschiedet, der erstaunlicherweise nur sehr wenig auf die über zwei Jahre lang verhandelten Texte der Arbeitsgruppen eingeht. Der Akkord wurde von den Mitgliedstaaten auch nur „zur Kenntnis“ genommen, was eindeutig die niedrigste diplomatische

Weihe darstellt, welche eine Vertragsstaatenkonferenz einem Abschlussbericht erteilen kann.⁵ Inzwischen haben über 120 Staaten den Akkord unterschrieben, was angesichts der geringen Verpflichtungen nicht weiter überrascht. Sein Zustandekommen war hingegen überraschend. Die Verhandlungen liefen bereits seit über einer Woche und waren festgefahren, da keiner der wichtigen Spieler bereit war, größere Zugeständnisse zu machen. Mit der Ankunft Obamas am vorletzten Tag der Verhandlungen änderte sich dies, als jener – uneingeladen und wohl auch völlig unerwartet – eine Sitzung der BASIC-Staaten (Brasilien, Südafrika, Indien und China) sprengte. Obama begann mit den anwesenden Repräsentanten, ein Abkommen zu schmieden, das keine Rücksicht auf die äußerst technischen und fein austarierten Ergebnisse der bisherigen Verhandlungsstränge nahm. In einer weiteren Nacht- und Nebelsitzung wurde der Akkord in einer erweiterten Gruppe von 25 Staats- und Regierungschefs (diesmal saßen die EU und die Deutschland mit am Tisch) unter großem Zeitdruck abgestimmt. Es wäre für die meisten Staatsoberhäupter nahezu undenkbar gewesen, mit nichts in der Hand die Heimreise anzutreten. Obama erläuterte die Inhalte des Akkords dann auch kurz vor seinem Abflug der internationalen Presse. Dies geschah allerdings zu einem Zeitpunkt, da viele der anwesenden Länderdelegationen den Text des Akkords noch nicht einmal in Händen gehalten hatten.

Der aller kleinste gemeinsame Nenner

Im Kopenhagen-Akkord wurde festgehalten was den kleinsten gemeinsamen Nenner der internationalen Klimapolitik widerspiegelt: Langfristig am bedeutsamsten ist die Festschreibung des Zwei-Grad-Celsius-Ziels, das die gemeinsame Version der internationalen Staatengemeinschaft formuliert. Ob dieses Ziel mehr als ein Lippenbekenntnis ist, bleibt jedoch völlig unklar. Im Nachgang zu Kopenhagen hatten die Staaten Gelegenheit ihre – rechtlich jedoch nicht verbindlichen – Reduktionsziele dem UNFCCC-Sekretariat zu melden. Die Staaten hatten die völlige Wahlfreiheit, welches Basisjahr sie verwenden (im Kyoto-Protokoll bezogen sich alle Reduzierungen auf das Jahr 1990). Die bislang gemeldeten Reduktionsverpflichtungen belaufen sich auf 11 bis 19 Prozent und bleiben weit hinter den Ankündigungen von Bali von 2007 zurück, wo 25

5 Bolivien, Venezuela und Sudan drohten mit einem Veto, wenn eine stärkere Formulierung zur Abstimmung vorgelegt worden wäre.

bis 40 Prozent genannt wurden. Diese Verpflichtungsreduzierungen werden dem Zwei-Grad-Ziel jedoch mit Sicherheit nicht gerecht, sondern mit mehr als 50 Prozent Wahrscheinlichkeit einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um mindestens drei Grad bis zum Jahr 2100 erlauben.⁶

Konkretere Zusagen erfolgten bezüglich eines kurzfristigen Finanztransfers von Nord nach Süd, indem die Industrieländer 30 Milliarden US-Dollar (EU 2,4 Milliarden Euro/Jahr; BRD 420 Millionen Euro/Jahr) bis 2012 für erste Maßnahmen zusagten. Offiziell wurde beteuert, dass dies neue und zusätzliche Mittel für den Klimaschutz sein würden. Inwieweit dies auf Geberseite in den mit Schulden überladenen Haushalten geschultert werden kann bzw. inwieweit es tatsächlich genügend Projekte in den Entwicklungsländern gibt, bleibt jedoch abzuwarten. Gleiches gilt für die Ansage, die finanziellen Zuwendungen im Klimaschutz im Süden aus privater wie öffentlicher Hand bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr anwachsen zu lassen. Institutionell konnten die Entwicklungsländer erreichen, dass ein noch zu bestimmender Anteil der Transferzahlungen über einen neuen Fonds (*Green Climate Fond*) erfolgt (vgl. Harnisch / Wienges in diesem Heft).

Von Bedeutung für die weiteren Verhandlungen ist auch, dass Maßnahmen zum Schutz der tropischen Regenwälder prominent genannt werden, denn deren Abholzung trägt bis zu 15 Prozent zu den globalen CO₂-Emissionen bei.⁷ Ähnlich ergeht es dem Technologietransfer, der einer der Hauptforderungen der Entwicklungsländer war und für den ein Transfermechanismus aufgebaut werden soll. Schließlich wurden auch Marktmechanismen im Akkord genannt und es erscheint daher wahrscheinlich, dass auch zukünftige Klimaabkommen ökonomische Instrumente einsetzen werden.

Was nicht im Akkord steht, ist eine Festlegung auf eine Jahreszahl, ab der die globalen Emissionen insgesamt zurückgehen sollten. Von wissenschaftlicher Seite wird immer wieder betont, dass eine relativ kostengünstige Vermeidung der schlimmsten Folgen des Klimawandels nur dann gelingen kann, wenn die Reduzierung der Gesamtemissionen in diesem Jahrzehnt beginnt.⁸ Gerade Schwellenländer wie China und Indien sind jedoch zu solch einer Festlegung, die potenziell auch ihre Emissionen einschränken könnte, nicht bereit (vgl. Schröder in diesem Heft).

6 Vgl. Rogelj u. a. 2010.

7 Vgl. van der Werf u. a. 2009.

8 Vgl. Stern 2009.

Ferner zeigten sich viele Teilnehmer äußerst enttäuscht, dass im Bereich der Anpassungsmaßnahmen, welche die mit Sicherheit eintretenden Folgen des Klimawandels abfedern sollen, nicht mehr und konkretere Zugeständnisse der Industrieländer erfolgten. Für den weiteren Prozess ist es wichtig, dass der Kopenhagen-Akkord 2015 überprüft und bei Bedarf revidiert wird. Ferner wurden auch die beiden Verhandlungsstränge für ein Post-Kyoto-Abkommen und die Weiterentwicklung der Klimarahmenkonvention um ein Jahr verlängert. War also alles nur halb so wild und ein international rechtliches Abkommen wird ein Jahr später unterschrieben? Um dies beurteilen zu können, müssen die Ursachen des Scheiterns aufgedeckt werden.

Warum scheiterte Kopenhagen?

Drei Gründe führten zum Scheitern der Klimaverhandlungen: Erstens können einzelne Nationalstaaten, deren Staatsführer bzw. innenpolitische Zwänge verantwortlich gemacht werden. Bereits während der Verhandlungen wurde die dänische Präsidentschaft für ihre Unfähigkeit kritisiert, alle beteiligten Staatengruppen gleichberechtigt und transparent in die Formulierung der Zwischenergebnisse einzubeziehen. Vor allem Nichtregierungsorganisationen haben den fehlenden politischen Willen der USA und hier vor allem des Senats beklagt. Schließlich wurde zum ersten Mal auch China einer massiven Mitschuld bezichtigt. Das Land würde zwar national viele löbliche Anstrengungen unternehmen, sich aber international als unkooperativ zeigen, da es fürchte, langfristig ebenfalls zu verbindlichen und überprüfbar Reduktionszielen gezwungen zu werden. Für viele Beobachter war Kopenhagen damit ein Exempel für die Dominanz der amerikanisch-chinesischen Beziehungen in der Geopolitik des beginnenden 21. Jahrhunderts und das Scheitern der Verhandlungen dem Unwillen der beiden mächtigsten Staaten zuzuschreiben. Eine solche Analyse greift jedoch zu kurz, denn sie impliziert, dass mit ein wenig mehr politischem Willen schon bald eine Lösung möglich wäre.

Zweitens sprechen viele Argumente dafür, dass die internationalen Klimaverhandlungen strukturell in ihrer jetzigen Form zu keinem kooperativen Ende geführt werden können: Zum einen sind es zu viele Länder mit zu divergierenden Erwartungen und zu viele Aspekte – von Technologietransfer über Waldschutz hin zu internationalen Handelsfragen – werden vermengt. Die Lösung eines solchen gordischen

Knotens kann nicht innerhalb von 24 Stunden durch die Zusammenkunft der Staatsoberhäupter erfolgen und vor allem nicht in einem strengen Konsensprinzip.⁹ Anders als etwa bei der Einigung auf ein Ozonregime in den 1980er Jahren stehen außerdem keine einfachen technischen Möglichkeiten bereit und es fehlt an kostengünstigen Alternativen. Zum anderen ist keine Staatengruppe bereit, unilateral als Vorreiter hohe Kosten auf sich zu nehmen oder andere gar zur Kooperation zu zwingen. Das Bemühen der EU wird zwar von allen anerkannt, aber nicht in dem Maße, dass die USA, China oder Indien sich bemüßigt fühlen zu folgen. Schließlich sind auch die Erwartungen an die Verhandlungen zu unterschiedlich, da die Entwicklungs- und Schwellenländer Klimapolitik unter dem Vorzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung führen und für die Industrieländer stärker umweltpolitische Zielsetzungen von Bedeutung sind.

Drittens sind einige der in Kopenhagen aufgetretenen Interessensgegensätze kurzfristig kaum über Kompromisse oder *Issue-Linkages* (ich gebe in Politikfeld A nach, wenn du es in B tust) zu lösen. Vor allem der latent die Verhandlungen begleitende Nord-Süd-Gegensatz könnte nur über massive Transferzahlungen der reichen Länder an den Süden überbrückt werden; dies scheint trotz der gemachten Zusagen mittelfristig unwahrscheinlich. Ein umfassendes Abkommen innerhalb der Klimarahmenkonvention erscheint daher mittelfristig beinahe ausgeschlossen.

Wie geht es weiter?

Mit dem Schlagwort „Nach Kopenhagen ist vor Cancún“ wurde verdeutlicht, dass das Scheitern in Dänemark nicht das Ende der internationalen Klimapolitik ist, sondern dass bereits im Dezember dieses Jahres die nächste große Klimakonferenz stattfindet. Auch früher gab es ja bereits Klimaverhandlungen, welche vertagt wurden (zum Beispiel wurde in Den Haag 2001 überhaupt kein Abschluss erzielt; die Verhandlungen wurden ein halbes Jahr später in Bonn erfolgreich beendet). Trotzdem scheint es sehr wahrscheinlich, dass es weder in Cancún noch in den nächsten Jahren ein umfassendes internationales Klimaschutzabkommen geben wird. So wurden auch auf der ersten Post-Kopenhagen-Klimakonferenz in Bonn im April dieses Jahres keine weiteren Fortschritte erzielt sowie der Versuch unternommen, verlorenes Vertrauen zwischen den einzelnen Staatengruppen wieder aufzubauen. Auch die von der deutschen Regierung Anfang Mai

9 Vgl. Müller 2010.

einberufene Konferenz von Umweltministern aus 45 Staaten machte deutlich, dass es zu keiner schnellen Lösung kommen wird.

Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass die internationale Architektur zum Schutz des Klimas immer stärker fragmentiert.¹⁰ So könnten zum Beispiel bis zum Ende des Jahres ein Teilabkommen zu Kompensationszahlungen für den Schutz tropischer Regenwälder verhandelt werden oder es könnte eine Übereinkunft zum Technologietransfer geben. Auch erscheint es nicht ausgeschlossen, dass solche Verträge nur von einem Teil der Staatengemeinschaft ratifiziert werden. Dass dies alles in einem kohärenten Vertragswerk erfolgt, wäre zwar wünschenswert, erscheint aber unrealistisch.

Weiterhin werden Erfolge in der Klimapolitik in nächster Zeit – anders als dies die EU lange angedacht hatte – auch eher durch Bottom-up-Ansätze als durch die internationalen Verhandlungen erreicht werden (vgl. Haug / Berkhout in diesem Heft). Aufgrund der fehlenden internationalen Erfolge wird Klimapolitik somit wieder stärker renationalisiert. Dies zeigt sich bereits im Kopenhagen-Akkord und den individuell gemeldeten Reduktionszusagen. Ferner könnte es sein, dass es ohne ein formales internationales Abkommen zu größeren Bemühungen aufseiten der Schwellenländer kommt, welche freilich nicht durch die internationale Gemeinschaft überwacht werden könnten. China und Indien haben z. B. erhebliche Anstrengungen im Bereich der erneuerbaren Energien unternommen und sind stark an Technologietransfer interessiert, da in beiden Ländern die grundsätzliche Problematik der Klimaveränderung von den Eliten nicht in Zweifel gezogen wird (siehe Schröder in diesem Heft). Auch Brasilien hat verkündet, dass es durch die Eindämmung illegaler Abholzung seine CO₂-Emissionen um bis zu 40 Prozent im Vergleich zum erwarteten CO₂-Ausstoß kürzen will. Besonders ambitiös sind Costa Rica oder die Malediven, welche innerhalb der nächsten Jahre CO₂-Neutralität angekündigt haben. Viele dieser Bemühungen können und werden rein bilateral von den Industriestaaten unterstützt und ähnlich wie in der internationalen Handelspolitik ist zu erwarten, dass verschiedenste bilaterale und regionale Abkommen die multilaterale Arena unterstützen und eventuell in Teilen ablösen. Ein Beispiel hierfür könnte die Internationale Klimainitiative der Bundesrepublik sein, da die hier verteilten Gelder explizit nicht durch die bereits existierenden multilateralen Fonds der Klimarahmenkonvention ausgeschüttet werden (vgl. Harnisch / Wienges in diesem Heft). All dies bezieht sich nicht

10 Vgl. Biermann u. a. 2009.

nur auf die Frage der Minderung von Treibhausgasen, sondern auch auf die notwendigen Anpassungsmaßnahmen, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit notwendig werden, um vor allem die Ärmsten der Armen vor den schlimmsten Folgen des Klimaschutzes zu bewahren (vgl. Fuhr in diesem Heft).

Auch die substaatlichen Bemühungen vor allem im Bereich der amerikanischen Bundesstaaten oder von C40 – einem Verbund von Metropolen aus Industrie- und Entwicklungsländern – sind wichtige Impulsegeber.¹¹ Ebenso sollte der Einfluss der Privatakteure nicht unterschätzt werden. Zwar gibt es gerade auf Seiten der Nichtregierungsorganisationen einen Post-Kopenhagen-Blues, aber dieser wird nicht die immer stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Klimapolitik und die damit einhergehende Professionalisierung der NRO aufhalten (vgl. Müller in diesem Heft). Auch in der Privatwirtschaft hat eine ambitionierte Klimapolitik ihre Verteidiger. Die Londoner City zum Beispiel hat sehr stark von der Etablierung von Kohlenstoffmärkten profitiert und pocht auf verschiedenen Ebenen für langfristige Rahmenbedingungen.¹² Gleiches gilt – gerade in Deutschland – für die Hersteller von Umwelttechnik, die starke Lobbyisten eines starken Klimaschutzabkommens geworden sind.

Diese dezentralen Initiativen werden kurzfristig nicht ausreichen, die strukturellen Gegensätze zu überbrücken. Langfristig werden viele Blockaden nur auf internationaler Ebene aufgehoben werden können. Trotzdem kann Klimapolitik fragmentiert und unkoordiniert jenseits des internationalen Regimes ein Eigenleben entwickeln und einen Beitrag zum effektiven Klimaschutz leisten.

Literaturverzeichnis

Biermann, Frank u. a.: The Fragmentation of Global Governance Architectures: A Framework for Analysis. In: *Global Environmental Politics* 9(4), 2009, S. 14–40.

Bulkeley, Harriet / Betsill, Michele: *Cities and Climate Change: Urban Sustainability and Global Environmental Governance*. Routledge, London 2003.

Dubash, Navroz K.: Copenhagen: Climate of Mistrust. In: *Economic & Political Weekly XLIV* (52), 2009, S. 8–11.

Fuhr, Harald u. a.: Klimaschutz und Entwicklungspolitik: Der Beitrag privater Unternehmer. In: Risse, Thomas / Lehmkuhl, Ursula (Hrsg.): *Regieren ohne Staat? Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit*. Nomos, Baden-Baden 2007, S. 292–308.

IPCC: *Climate Change 2007: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Pachauri, Rajendra / Reisinger, Andy (Hrsg.), IPCC, Genf 2007.

11 Vgl. Bulkeley / Betsill 2003; Schreurs 2008.

12 Vgl. Fuhr u. a. 2007.

Kriegler, Elmar u. a.: Imprecise probability assessment of tipping points in the climate system. In: PNAS 106 (13), 2010, S. 5041–5046.

Maier, Jürgen: Umwelt. In: Vereinte Nationen (01), 2010, S. 31–33.

Müller, Benito: Copenhagen 2009. Failure or final wake-up call for our leaders? Oxford Institute for Energy Studies, Oxford 2010.

Oberthür, Sebastian / Ott, Hermann E.: Das Kyoto-Protokoll. Internationale Klimapolitik für das 21. Jahrhundert. Leske und Budrich, Opladen 2000.

Rajamani, Lavanya: Neither fish nor fowl (Seminar, Climate Change Conundrum, Nr. 606), 2010, S. 26–29.

Rogelj, Joeri u. a.: Copenhagen Accord pledges are paltry. In: Nature (464), 2010, S. 1126–1128.

Schreurs, Miranda A.: From the Bottom Up. Local and Subnational Climate Change Politics. In: Journal of Environment and Development 17(4), 2008, S. 343–355.

Stern, Nicholas: The Global Deal. Climate Change and the Creation of a New Era of Progress and Prosperity. Public Affairs, New York 2009.

Werf, G. R. van der u. a.: CO₂ Emissions from Lorest Loss. In: Nature Geoscience 2, 2009, S. 737–738.



Prof. Dr. Markus Lederer

1972 geboren, Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Darmstadt.

lederer@pg.tu-darmstadt.de

